

Grundlage des demokratischen Zentralismus über alle grundlegenden Angelegenheiten, die ihr Territorium und seine Bürger betreffen. Diese umfassende Aufgabenstellung fordert von den Abgeordneten, über die Grenzen ihres Ortes oder ihres Kreises hinauszusehen und die lokalen Probleme richtig einzuordnen in die gesamtgesellschaftlichen Aufgaben; sie fordert bei jeder Entscheidung gründliche Überlegungen, wie mit den Mitteln und Möglichkeiten der jeweiligen Volksvertretung der bestmögliche Beitrag zur Lösung der gesamtstaatlichen Aufgaben geleistet werden kann.

Das bürgerliche Trugbild „kommunaler Selbstverwaltung“

Hier werden wesentliche qualitative Unterschiede zwischen der Rolle und Bedeutung unserer Volksvertretungen und der von Abgeordneten bürgerlicher Parlamente augenfällig. Mögen sich dort auch fortschrittliche Abgeordnete tatkräftig für die Belange ihres Ortes und seiner Bewohner einsetzen, müssen sie letzten Endes immer an den Machtverhältnissen scheitern, die der imperialistische Staat im Interesse des Maximalprofits der herrschenden Kräfte schützt und verteidigt.

Gerade gegenwärtig verspüren die arbeitenden Menschen der kapitalistischen Länder täglich am eigenen Leibe die Auswirkungen der Krise des Kapitalismus. Es wächst die soziale Unsicherheit, die Arbeitslosigkeit nimmt zu, ständige Preiserhöhungen verteuern das Leben der Werktätigen, während die Dividenden der Besitzenden beträchtlich steigen. Die ständig wachsenden Profite der Monopole werden zum Beispiel in der BRD in zunehmendem Maße über die Kommunen realisiert. Ihr Anteil an den öffentlichen Einnahmen sinkt,

Je stärker und leistungsfähiger unsere Republik insgesamt wird, um so besser sind die Voraussetzungen für das weitere Aufblühen jeder Stadt und jeder Gemeinde. Abgeordnete örtlicher Volksvertretungen sind im sozialistischen Staat also nicht schlechthin Kommunalpolitiker, sondern sie gestalten entscheidend die Staatspolitik mit.

Daraus erwächst den Abgeordneten die Pflicht, den Bürgern die Politik des Arbeiter-und-Bauern-Staates gründlich zu erläutern, Verständnis für alle staatlichen Maßnahmen zu wecken und sie in deren Wirklichkeit einzubeziehen.

es werden ihnen aber immer neue Lasten aufgebürdet.

Da kann keine noch so gute Arbeit einzelner Abgeordneter verhindern, daß die Verschuldung von Städten und Gemeinden weiter wächst, daß die vielen Milliarden Zinsen für Kredite in immer größeren Beträgen in die Taschen der Monopole wandern. Nach eigenen Veröffentlichungen in der BRD beträgt der Schuldenstand aller kommunalen Gebietskörperschaften Ende 1973 fast 70 Milliarden D-Mark. Vor allem zugunsten der immer höher werdenden Rüstungsausgaben des westdeutschen Staates werden den Städten und Gemeinden immer mehr Mittel entzogen. Zudem erhalten Landsmannschaften und Revanchistenverbände ständig erhebliche Beträge aus dem Staatshaushalt — alles Mittel, die den Gemeinden zur Lösung wichtiger sozialer und kultureller Aufgaben fehlen. Da die Politik der imperialistischen Staaten nicht im Interesse der werktätigen Menschen liegt, muß das Bemühen fortschrittlicher Abgeordneter, die Verhältnisse

in ihrer Stadt oder Gemeinde im Interesse der Bürger zu verändern, bestenfalls auf Teilergebnisse begrenzt bleiben und bei grundsätzlichen Fragen schließlich immer wieder scheitern.

Die von imperialistischen Ideologen als Ausdruck höchster Selbständigkeit der bürgerlichen Parlamente und ihrer Abgeordneten lauthals gepriesene „kommunale Selbstverwaltung“ erweist sich somit als Trugbild.

Die Volksvertretungen in der DDR sind die staatlichen Machtorgane der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten. Entsprechend dem Prinzip des demokratischen Zentralismus nehmen die Volksvertretungen in den Städten und Gemeinden einen wichtigen Platz im System der einheitlichen sozialistischen Staatsmacht ein. Das gibt den Abgeordneten einen nie gekannten breiten Raum für schöpferische und erfolgreiche Arbeit. Ausgehend von den zentralen Festlegungen und auf der Grundlage gesicherter Einnahmen und Zuführungen aus dem Staatshaushalt können die Volksvertretungen reale und stabile Pläne erarbeiten und beschließen, in denen die weitere Entwicklung der Territorien sowie deren Anteil an der Gesamtentwicklung der Republik festgelegt sind.

Die im Wettbewerb „Schöner unsere Städte und Gemeinden — mach mit!“ erzielten Ergebnisse zeugen davon, wie durch kluges Rechnen und Überlegen der vielen tausend Abgeordneten, durch Ausschöpfung aller örtlichen Möglichkeiten und Reserven die den Städten und Gemeinden zur Verfügung stehenden finanziellen und materiellen Mittel vervielfacht, die im Plan vorgesehenen Aufgaben überboten werden konnten. Autorität der Abgeordne-